

Liechtensteiner Volksblatt

Mit den amtlichen Publikationen aus dem Fürstentum Liechtenstein

Bezugspreise: Liechtenstein und Schweiz jährlich sFr. 24.—, halbjährlich sFr. 12.50, vierteljährlich sFr. 6.50 — Vorarlberg jährlich öS 260.—, halbjährlich öS 140.—, vierteljährlich öS 70.—, monatlich öS 19.—, übriges Ausland jährlich sFr. 42.—, halbjährlich sFr. 22.—. Bestellungen nehmen alle Postämter und die Verwaltung des «Liechtensteiner Volksblatt» in Vaduz entgegen. Postscheckkonto 90-2988 St. Gallen — Verwaltung und Redaktion: FL-9490 Vaduz, Altenbachstr. 99, Tel. (075) 21937/22412 — Druck: Buchdruckerei Gutenberg, FL-9494 Schaan (Fürstentum Liechtenstein). Einzelverkaufspreis: sFr. —.30/öS 2.—



Anzeigenpreise: Einspaltige Millimeterzeile (36 mm) in Liechtenstein: Anzeigen 14,5 Rappen, Textreklame (74 mm) 50 Rappen. In der Schweiz: Anzeigen 18 Rappen, Textreklame 60 Rappen. In Vorarlberg und im übrigen Ausland: Anzeigen 19 Rappen, Textreklame 60 Rappen — Anzeigenannahme: Für das Fürstentum Liechtenstein: Verwaltung «Liechtensteiner Volksblatt», Altenbachstrasse 99, FL-9490 Vaduz, Telefon (075) 21937 und 22412. Für die Schweiz und das übrige Ausland: «ASSA», Schweizer Annoncen AG, CH-9001 St. Gallen, Oberer Graben 3, Telefon (071) 222626 und übrige Zweiggeschäfte der «ASSA»

AZ — 9490 Vaduz, Mittwoch, 6. November 1968

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

102. Jahrgang — Nr. 167

Liechtenstein hilft dem Bistum Chur

Jährlicher Beitrag an das bischöfliche Ordinariat in Chur — Nachtragskredit für 1968

Das bischöfliche Ordinariat in Chur gelangte vor kurzem mit einem Ansuchen um Gewährung eines jährlichen Beitrages von Seiten des Fürstentums Liechtenstein an die Auslagen des Bistums Chur an die Regierung. Dieses Ansuchen wird wie folgt begründet:

In Anbetracht der finanziellen Lage der Bistumsverwaltung hat sich das bischöfliche Ordinariat entschlossen müssen, an die Stände der Diözese mit dem Gesuch um einen jährlichen Beitrag an das Bistum zu gelangen. Während in benachbarten Bistümern solche Beiträge seit vielen Jahrzehnten üblich sind, hat sich

das Bistum Chur bis vor kurzem bemüht, die Auslagen der Diözesanverwaltung aus eigenen Mitteln und aus dem Diözesanopfer, das seit 1952 aufgenommen worden ist, zu decken. Seit 1960 entrichtet der Kanton Graubünden nun einen jährlichen Beitrag an das Bistum, der seit 1964 etwa Fr. 1.— pro Kopf der katholischen Bevölkerung ausmacht. Das Diözesanopfer wurde letztes Jahr auf vielfachen Wunsch hin wieder aufgegeben.

Die Auslagen des Bistums (für Besoldungen, Büros, diözesane Kommissionen, Diözesanräte, Hauspersonal, Priesterseminar und vor allem Unterhalt und Umbau von Gebäulichkeiten), überfordern bei weitem die Einnahmen, die zur Zeit nur aus den Beiträgen der Bistums-

stände — welche den weitaus grössten Teil der Einnahmen des Bistums ausmachen — den Erträgen der bischöflichen Güter, Mietzinsen und diversen Einnahmen der bischöflichen Kanzlei bestehen.

Die Fürstliche Regierung schliesst sich diesen Argumentationen an und stellt an den Landtag den Antrag, für das Jahr 1968 einen Nachtragskredit von Fr. 15 000.— aus den laufenden Mitteln zur Auszahlung eines Beitrages seitens des Fürstentums Liechtenstein an das bischöfliche Ordinariat in Chur zu gewähren. Dies entspricht nach einer approximativen Schätzung ungefähr einem Betrag von Fr. 1.— pro Katholik im Lande. Der Beitrag für die kommenden Jahre wäre im Budget vorzusehen.

von Tag zu Tag

Das bischöfliche Ordinariat in Chur befindet sich in finanziellen Nöten. Die vielfältigen Ausgaben können nicht mehr zur Gänze mit eigenen Einnahmen gedeckt werden. Das Ordinariat ist deshalb an unser Land und an alle Kantone des Bistums gelangt, einen jährlichen Beitrag als finanzielle Unterstützung zu entrichten. Die Fürstliche Regierung schlägt dem Landtag vor, pro Katholik den Betrag von einem Franken nach Chur zu überweisen (Seite 1).

Mit einem zweiten Vorschlag der Regierung an das Parlament befassen wir uns mit unserem Beitrag «Die Imker wollen Subvention». Nachdem der Imkerverein wegen hoher Gesteuungskosten Absatzschwierigkeiten hatte, gelangte er an die Regierung mit dem Gesuch, pro Kilogramm Honig 2 Franken Subvention zu gewähren. Die Regierung fand indessen, dass eine Subvention von nur einem Franken gerechtfertigt wäre und hat dem Landtag auch in diesem Sinne einen entsprechenden Antrag unterbreitet (Seite 1).

Im Inlandteil berichten wir ausserdem über eine bemerkenswerte Ausstellung im Waldhotel Vaduz und über die Tätigkeit der Liechtensteinischen Kraftwerke. In der Rubrik «Wir zitieren» finden Sie ausserdem ein etwas sonderbares Beispiel der Berichterstattung über Liechtenstein.

Werner Keicher, unser Mitarbeiter für sportliche Belange, hat sich einige Tage nach der Olympiade mit den liechtensteinischen Athleten unterhalten. Ueber ihre mexikanischen Eindrücke lesen Sie auf Seite 5.

In den USA wurde gestern der neue Präsident für die Amtsperiode 1969 bis 1973 gewählt. Heute mittag werden die endgültigen Ergebnisse bekannt sein. In Amman kam es in den letzten Tagen zu Zusammenstössen zwischen der Polizei und Mitgliedern der palästinensischen Befreiungsfront. Wir berichten darüber auf S. 8.

Die Hochwasserkatastrophe in Italien hat sich gestern noch verschlimmert. Weite Gebiete der Po-Ebene wurden überschwemmt, die Zahl der Todesopfer ist noch ungewiss. Wir berichten darüber auf Seite 3.

Das Wetter ist nach wie vor unbeständig, es bleibt bedeckt, aber meist niederschlagsfrei. Die Temperaturen bewegen sich zwischen fünf und zehn Grad.

Imker wollen Subvention

Subventionsgesuch des Liechtensteinischen Imkervereins

Der liechtensteinische Imkerverein gelangte am 19. August 1968 mit folgendem Schreiben an die Regierung:

«Dank der guten Frühjahrs- und Vorsommerwitterung kann das Jahr 1968 als äusserst günstiges Honigjahr bezeichnet werden. Von den ca. 1300 Bienenstöcken im Lande werden aller Voraussicht nach etwa 10 000 Kilo Honig abgeliefert werden können.

In verdankenswerter Weise hat der Liechtensteiner Milchverband bereits im guten Honigjahr 1964 die Abnahme des Honigs und den Weitervertrieb an die Sennereien und Lebensmittelgeschäfte übernommen. Infolge der ausländischen Konkurrenz hatte der Verband aber etwelche Mühe, den Honig fristgerecht zu veräussern und es dauerte praktisch drei Jahre, bis er restlos verkauft werden konnte. Dadurch entstanden für den Verband auch finanzielle Probleme, da bei einer so langen Verkaufsdauer die Gewinnmarge praktisch vollständig zusammenschmolz. Im Jahre 1964 hat der Verband das Kilo Honig für Fr. 8.50 übernommen und an die Läden für Fr. 9.30 weiterverkauft. Dieser Preis sollte im Interesse der Imkerschaft weiterhin beibehalten werden können.

Anlässlich der letzten Besprechung mit dem Milchverband erklärten sich dessen Organe auch dieses Jahr wiederum bereit, die Honigernte zu übernehmen, jedoch nicht mehr um Fr. 8.50 sondern um Fr. 6.50. Es ist uns verständlich, dass der Milchverband kaufmänni-

sche Ueberlegungen anstellen muss. Für den Imkerverein bzw. dessen Mitglieder stellt die neue Preisfestlegung jedoch eine Situation dar, die dazu angetan ist, die Imkerei ständig zurückgehen zu lassen.

Der Liechtensteinische Imkerverein stellt daher an die Fürstliche Regierung nachfolgendes Ansuchen und begründet dasselbe wie folgt: Die Imkerei ist in einem Lande, in dem noch Landwirtschaft betrieben werden soll, nicht nur ein Erwerbszweig, der auf einen Honigertrag angewiesen ist, sondern sie ist eine unbedingte Notwendigkeit für den Weiterbestand von insbesondere sämtlichen Pflanzen, die über die Insektenbestäubung einen Ertrag bringen sollen. Ohne Bienen können daher jeder Obstbau sowie verschiedene Ackergewächse abgeschrieben werden, da nur die Biene imstande ist, eine Befruchtung herbeizuführen.

Diese Tatsache erklärt eindeutig, dass die Imkerei nicht nur mit dem Honigertrag gemessen werden kann, sondern dass alle anderen Werte, die bereits erwähnt worden sind und die mit Geld gar nicht ausgedrückt werden können, den Ertrag des Honigs um ein Vielfaches übersteigen.

Die ausländische Konkurrenz setzt unserem Honigabsatz gewaltig zu, so dass auch das Preisgefüge des Honigs neu überprüft werden muss. Es sollte auf keinen Fall eine Erhöhung des Honigpreises erwogen werden müssen. Auf der anderen Seite kann dem Milchverband nicht

notiert und kommentiert...

Aequatorial-Guinea:
Der 133. unabhängige Staat

Die Geschichte ist ein Katalog der Ungerechtigkeiten, die den Völkern und Menschen widerfahren können. Während beispielsweise den Basken, den Katalanen, den Bretonen und den Ibos in Nigeria die Staatengründung, die die politische Sanktionierung einer ethnischen und kulturellen Entität wäre, vorenthalten worden ist, haben andere die Eigenstaatlichkeit selbst um den Hals gehängt erhalten, ohne dass sie diese je gewünscht haben. Ein solcher Fall ist die Unabhängigkeit der neuesten, 133. unabhängigen Nation auf dem Erdenball, die fortan unter der Etikette «Aequatorial-Guinea» figurieren wird. Aequatorial-Guinea, das die Inseln Fernando Poo und Annobon, sowie einen unter dem Namen Rio Muni figurierenden Küstenstrich an der Bucht von Biafra in Westafrika umfasst, war mit Unterbrüchen fast genau 500 Jahre lang spanische Kolonie gewesen. Vor allem die beiden Inseln, die etwa 50 000 Einwohner zählen, hatten den Kolonialstatus nie zu beklagen, nachdem sie heute zu den afrikanischen Gebieten mit dem höchsten Einkommen pro Kopf der Bevölkerung und mit praktisch nicht mehr existierendem Analphabetentum gehören. Noch vor wenigen Jahren hätte niemand im Traume daran gedacht, den historischen Status quo zu ändern; und auch heute noch dürfte die Mehrzahl der Bewohner der

beiden Inseln die Einziehung der gold-rot-goldenen Fahne beklagen...

Aequatorial-Guinea verdankt seine Unabhängigkeit eigentlich der UNO, nachdem ein Spezialkomitee dieser Organisation vor ein paar Jahren den Finger auf jene wenigen Gebiete legte, wo noch eine Kolonialherrschaft anzutreffen ist. Spanien wurde aufgefordert, diesen Kolonialbesitz aufzugeben. Und General Franco, der ansonsten durchaus nicht zu den eifrigen, praktischen Befürwortern der Menschenrechte gehört, beschloss ganz plötzlich, allem Anschein nach, um die «farbigen» Mitglieder der UNO zugunsten der spanischen Besitzansprüche auf Gibraltar zu ködern! — diese Kolonien in die Unabhängigkeit zu entlassen. Der neue Staat erhält als Danaergeschenk in seiner Geburtsstunde ein ungewöhnlich schmerzliches wirtschaftliches Gefälle zwischen den Inseln und dem Küstenstrich Rio Muni, das die ersten Jahre der Unabhängigkeit für die «reichen» Inseln gegenüber dem mit rund 200 000 Einwohnern versehenen kontinentalen Gebiet, das mausearm ist, zu recht mageren Jahren stempeln dürfte. Noch bedenklicher erscheint der Umstand, dass die Inseln von einer anderen Negerrasse bewohnt sind als Rio Muni. Etwa die Hälfte der Einwohner der Inseln gehören der Bantu-Rasse an, während die andere Hälfte eingewanderte Ibos aus Nigeria sind. In Rio Muni dominieren die Fang-Neger, die bis jetzt als wenig bildungsfähig galten und sowohl von den Babis als auch von den Ibos als «minderwertige» Rasse angesehen werden. Wie unter diesen Umständen die neue Republik, die zahlenmässig von den Fang-Ne-

Tribüne der freien Meinung

Benzin wurde doch billiger

Wer zur Zeit etwas aufmerksam an unseren Tankstellen vorbeifährt, bemerkt, dass verschiedene Besitzer in den letzten Tagen die Benzinpreise wesentlich gesenkt haben (Normal bis 2 Rappen, Super bis 5 Rappen). Das Lamento, das die Benzinfirmen noch vor einigen Wochen von sich gaben, als es galt ein Jahr nach der Nahostkrise die Preise wieder anzupassen, wirkt damit recht ungläubhaft. Als nämlich der erste im Lande anfang, sein Benzin billiger abzugeben, waren die anderen um eine Preisreduktion nicht verlegen. Recht so, sagen die Autofahrer. Es scheint allerdings, dass dieser Schritt im Dienste des Konsumenten auch schon vorher möglich gewesen wäre. (en)

zugemutet werden, die Honigübernahme mit Verlust zu tätigen.

Aus diesem Grund stellt der Liechtensteiner Imkerverein an die Hohe Fürstliche Regierung das Ansuchen, für das Jahr 1968 (ausserordentlich grosses Honigjahr) an den an den Milchverband abgelieferten Honig einen Beitrag von Fr. 2.— pro Kilo zu gewähren, damit der derzeitige Preis beibehalten werden kann.

Ist diese Unterstützung nicht möglich, so erhält der Imker für seinen abgelieferten Honig nur noch Fr. 6.50 und in diesem Falle ist mit Recht zu befürchten, dass verschiedene Imker die Haltung von Bienen aufgeben werden, was, wie schon erwähnt worden ist, auch einer Verschlechterung der verschiedenen Betriebszweige in der Landwirtschaft gleichkommt.

Bei dieser Honigablieferung an den Verband von 10 000 Kilo kommt dies einer Unterstützung von Seiten des Landes in der Höhe von Fr. 20 000.— gleich. Wir sind der festen Ansicht, dass dieser Betrag in keinem Verhältnis zu dem steht, was an anderen Erträgen durch die Imkerei gesteigert wird.

Beifügen möchten wir, dass in anderen Ländern, beispielsweise in Amerika namhafte Beiträge an die Imker bezahlt werden, im Wissen, dass dadurch die Erträge dieser Kulturen massgebend gesteigert, ja sogar überhaupt erst ermöglicht werden.

Das Jahr 1968 brachte den Imkern einen Rekord-Honigertrag; ca. 10 000 Kilo gelangen zur Ablieferung, auf mindestens 6 000 Kilo dürfen

(Fortsetzung Seite 2)

gern beherrscht wird, die auch den ersten Präsidenten, Macias, gestellt haben, eine politische Einheit bewerkstelligen soll, darüber ist es besser sich keine Gedanken zu machen. Nachdem Spanien es kategorisch abgelehnt hat, nach der Unabhängigkeit für diesen neuen Staat irgendwelche Verteidigungspflichten zu übernehmen, muss man fast befürchten, dass es mit oder ohne die Ausnutzung der beträchtlichen Stammesspannungen früher oder später zu Ueberraschungen kommen wird, da selbstverständlich das neue Staatengebilde nicht fähig sein wird, sich militärisch gegen einen Angreifer erfolgversprechend zur Wehr zu setzen. Wenn beispielsweise die in Biafra nun arg bedrängten Ibos in Fernando Poo oder Annobon ein günstiges Réduit errichten möchten, so war die «grosszügige» Geste General Francos geradezu eine Einladung zu einem solchen Desperado-Manöver des arg bedrängten Ojukwu. Von diesen strategisch glänzend situierten Inseln aus könnten die Ibos der Föderation Nigeria in der Tat jahrelang die Stirne bieten und... prosperieren! (Luzius)

Für Ihre Bankgeschäfte

Verwaltungs- & Privatbank
Aktiengesellschaft
Vaduz Tel. 075 / 2 31 31

OMEGA
bei
huber
Uhren - Bijouterie - Optik
Vaduz und Schaan